SP-Telegramme

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **69 (1990)**

Heft 1-2

PDF erstellt am: **05.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Die Geschäftsleitung der SP Schweiz hat an ihrer Sitzung vom 26. Januar ein Papier über die *Rüstungskonversion* an den Parteivorstand und den Parteitag weitergeleitet. «Wie können wir von der volkswirtschaftlich unsinnigen Waffenproduktion wegkommen?» ist die Grundfrage, die sich uns seit langem stellt. Das Papier verweist auf ausländische Studien, die längst nachgewiesen haben, dass Investitionen im Sozial-, Schul- oder auch Konsumgüterbereich weit mehr Arbeitsplätze sichern und schaffen, als dies im kapitalvernichtenden Rüstungsbereich je möglich ist. Die roten Zahlen des Rüstungsgiganten Bührle sprechen da eine deutliche Sprache. Das Papier verlangt darüber hinaus aber auch konkrete politische Schritte: Verbot der Waffenausfuhr (wie sie uns momentan die Tschechoslowakei vorlebt), Abrüstung auch der Schweizer Armee, Redimensionierung der Militärbereiche generell in der Schweiz und dafür mehr Friedenspolitik gegen aussen. Das SP-Rüstungskonversions-Papier ist der Einstieg in ein umfassendes friedenspolitisches Konzept der SPS. Die Zeit ist reif dafür!

Die SP-Fraktion der Bundesversammlung hat genug von den Zuständen in der nationalen Dunkelkammer, sprich EMD und EJPD. In einer Interpellation forderte sie den Bundesrat auf, sofort folgende Massnahmen zu verwirklichen:

– Die Akten- und Ficheneinsicht darf nicht der Bundespolizei, welche für die Zustände verantwortlich ist, überlassen bleiben. Es ist damit sofort eine glaubwürdige Instanz zu betreuen.

– Die Registrierten sind unverzüglich zu benachrichtigen, weil viele Betroffenen nicht einmal ahnen, dass sie registriert sein könnten.

– Den Registrierten soll ein Fotokopie der Fichen nach Hause geschickt werden. Auf Verlangen ist ihnen unbürokratisch Einsicht in die Originalfiche und in die sie betreffenden Akten zu gewähren.

– Das Einsicht der Betroffenen geht dem Wunsch der Denunzianten, der Spitzel, von Polizeistellen und Nachrichtendiensten nach Anonymität, vor.

– Der Bundesrat ist in dieser Sache nicht die geeignete Rekursinstanz. Mit einer dringlichen Vorlage soll der Rechtsweg an das Bundesgericht geöffnet werden.

Die bürgerlichen Parteien wollen die staatlichen Energie-Monopolbetriebe vor jeder öffentlichen und politischen Kontrolle schützen. Die SP aber will diesen Betrieben auf die Finger schauen. Die Bürgerlichen wollen daran festhalten, dass die Monopolbetriebe weiterhin nach staatlich administrierten Preisen Energie verschleudern. Die SP fordert marktorientierte und kostengerechte Tarifstrukturen.

Die SPS verlangt nach dem neuerlichen Fichen-Skandal bei EJPD und EMD die Einsetzung einer PUK, auch im Departement von Bundesrat Kaspar Villiger. Die bürgerliche Front, die sich dagegen zunächst zur Wehr gesetzt hat, ist in Auflösung begriffen.